Antisemitismus und „Israel“
Ein Zwischenruf

Von Reiner & Judith Bernstein[1]

Auch wenn die Fernsehkameras den Pariser Platz in Berlin auf die Ausleuchtung verzichteten, so dass die mehr oder minder genaue Zahl der Teilnehmenden nicht erkennbar war, bleibt die Kundgebung „Steh auf! Nie wieder Judenhass!“ ein entschlossenes Zeichen gegen mörderische Vorurteile, denen Juden in Deutschland seit der israelischen Militäroperation „Schutzschild“ im Juli/ August 2014 ausgesetzt sind.

Und dass zur Demonstration weder vom politischen Establishment, das mit dem Bundespräsidenten, der fast vollständigen Ministerriege und vielen Abgeordneten vertreten war, noch von gesellschaftlichen Einrichtungen wie den Gewerkschaften oder den Kirchen aufgerufen wurde, so dass der „Zentralrat der Juden in Deutschland“ einspringen musste, ist entweder kein Ruhmesblatt für den oft beschworenen demokratischen Konsens in diesem Lande oder ein Beleg eigener Verunsicherung.

Angela Merkel hat ihre Ansprache genutzt, um sich von jeglicher Gestalt des Antisemitismus zu distanzieren, und an unser aller Wachsamkeit appelliert. Dass sie am Ende die zahlreichen Projekthilfen der Bundesregierung würdigte, dürfte allerdings die Frage aufwerfen, was denn solche Initiativen bewirken können, wenn der Hass auf die Juden und die Distanzierung von ihnen in der Mitte der Gesellschaft Platz genommen haben und nicht mehr allein extremistischen Rändern zuzuordnen sind.

---

[1] Eine spontane Reaktion auf die Kundgebung am 14. September 2014 in Berlin.

Auch Dieter Graumann hat als Präsident des „Zentralrates“ eindringlich an die deutsche Bevölkerung appelliert, sich nicht vom Antisemitismus infizieren zu lassen. Wie Angela Merkel hat er das Heimatrecht der Juden in Deutschland beschworen, obwohl es – wie er zu Recht betonte – hier nur wenige Familien gibt, die keine Angehörigen in der Shoah verloren haben.

Warum nicht „Sowohl als auch“?

Beide Reden hinterlassen aber zugleich den Eindruck manch mangelnder Eindeutigkeit. Die Bundeskanzlerin und der Präsident haben ihre unverbrüchlichen Sympathien für Israel zum Ausdruck gebracht – ohne jedoch zu definieren, welches Israel sie denn meinen: das der Politik der gegenwärtigen Regierung oder das jener Juden, die, so in diesen Tagen, als ehemalige Angehörige einer Eliteeinheit des militärischen Geheimdienstes unmissverständlich von schweren Menschenrechtsverletzungen nicht nur im jüngsten Gazakrieg berichtet haben und massiven Anfeindungen von Seiten mehrerer Minister der Regierung ausgesetzt sind?

Die Bemerkung Graumanns stimmt, dass die Operation „Schutzschild“ keine antisemitischen Ausbrüche in Deutschland rechtfertigt. Wahr ist aber eben auch, dass sich diese gerade jetzt epidemisch ausgebreitet haben. Im Interview mit dem „Tagesspiegel“ hat Graumanns Amtsvorgängerin Charlotte Knobloch soeben beklagt, dass sich ihre drei in Israel lebenden Enkel während der Raketeneinschläge „flach auf den Boden legen mussten, wenn die Sirenen heulten“.

Die Zusatzfrage hätte den Redakteuren des Blattes gut angestanden, ob sie die Gefühle der Kinder und Erwachsenen im Gazastreifen angesichts der Bombardements aus Israel nachvollziehen könne. Graumann hat in der „Süddeutschen Zeitung“

ebenfalls keinen Wert auf den Wertekanon gelegt, der für die Menschen hier und dort gelten muss.

Ja, wir sind wie Dieter Graumann Partei für Israel, wenn es um seine Sicherheit geht. Aber wir sollten es auch für die Palästinenser unter der seit nunmehr 47 Jahren anhaltenden Besatzung sein. Beides gehört zusammen, wenn wir den Frieden beschwören. Denn dieser muss darauf angelegt sein, dass – um Graumann zu variieren – Israel und Palästina endlich zu einer konflikt- und vorurteilsfreien Zone werden. Zu ihren Gegnern gehört nicht nur „Hamas“. Auch Benjamin Netanjahus und seine politische Entourage lassen keine Gelegenheit aus, dem Frieden jede Chance zu verwehren.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-